

Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen (MdB, KV Bochum), Moritz Müller (KV Bochum), Jules El-Khatib (stv. Landessprecher, KV Essen), Ezgi Güyüldar (Landesvorstand, KV Essen), Alexander Neu (MdB, KV Rhein-Sieg), Andrej Hunko (MdB, KV Aachen), Friedrich Straetmanns (MdB, KV Bielefeld), Amid Rabieh (Landesvorstand, KV Bochum) und DIE LINKE Bochum

Der Landesparteitag DIE LINKE NRW soll beschließen:

Rüstungsexporte gesetzlich verbieten – Rüstungsschmieden entwarnen

Die deutschen Rüstungsexporte haben im Jahr 2019 mit einem Umfang von 8,015 Milliarden Euro einen Rekordwert erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um 65 Prozent. 32 Prozent der Genehmigungen entfielen auf Kriegswaffen, der Rest auf sonstige militärische Ausrüstung. Hauptabnehmer deutscher Kriegswaffen war im vergangenen Jahr – wie schon 2018 – das NATO-Mitglied Türkei, und dies trotz ihres aggressiven Auftretens und ihrer militärischen Provokationen im östlichen Mittelmeer gegen die EU-Mitglieder Griechenland und Zypern im Streit um die Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen, trotz des völkerrechtswidrigen Einmarschs türkischer Truppen in Syrien, trotz des Umstandes, dass die Türkei von den Vereinten Nationen auch zu den Ländern gezählt wird, die mit Waffenlieferungen in den Krieg in Libyen eingreifen und trotz der illegalen Militäreinsätze im Norden Iraks gegen den Protest der irakischen Zentralregierung. Die islamistisch-faschistische AKP-MHP-Regierung in der Türkei hat im vergangenen Jahr Kriegswaffen im Wert von 344,6 Millionen Euro erhalten. Das ist mehr als ein Drittel der gesamten deutschen Kriegswaffenexporte. Die Exporte in sogenannte Drittstaaten, darunter Krisen- und Konfliktgebiete, machten 44,1 Prozent aus. Spitzenreiter der Empfängerländer unter den Drittstaaten war Algerien mit einem Wert von 847 Millionen Euro vor Ägypten mit 802 Millionen Euro. Es folgen Südkorea (373 Millionen Euro), die Vereinigten Arabischen Emirate (257 Millionen Euro), Katar (236 Millionen Euro) und Indonesien (202 Millionen Euro). Mit Ägypten auf Platz 2 und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf Platz 9 sind zwei Gründungsmitglieder der von Saudi-Arabien angeführten Militärallianz dabei, die seit mehr als fünf Jahren Krieg im Jemen führen, aber auch als Brandstifter in Libyen agieren.

Von den deutschen Rüstungsexporten profitieren vor allem die Waffenschmieden im Westen der Bundesrepublik, und hier mit Exportgenehmigungen im Wert von 4,1 Milliarden Euro besonders die in Bayern ansässigen. Auch die Rüstungskonzerne in NRW mischen mit Waffenausfuhren im Wert von 430 Millionen Euro im Geschäft mit dem Tod kräftig mit, darunter Rheinmetall in Düsseldorf, die über Joint-Venture-Unternehmen in Italien und Südafrika Bomben und Munitionsfabriken in Länder wie Ägypten oder Saudi-Arabien liefert.

Die selbsterklärte restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung ist angesichts der realen Ausfuhrzahlen nichts als hohles Gerede und eine gezielte Täuschung der Öffentlichkeit. DIE LINKE fordert ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten.

Deutschland ist mit einer Zunahme von 17 Prozent und einem Anteil von 5,8 Prozent an den Gesamtexporten weltweit im Jahr 2019 auf Platz vier der Rangliste des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI – und damit führend mitverantwortlich bei der Schaffung von Fluchtursachen. Da sich die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD offensichtlich nicht an ihre selbst auferlegte restriktive Rüstungsexportpolitik hält, ist ein Verbot der Waffenlieferungen notwendig.

DIE LINKE wird weiter in den Parlamenten und mit der Friedensbewegung auf der Straße auf ein Exportverbot für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter kämpfen. DIE LINKE fordert, bereits erteilte Exportgenehmigungen zu widerrufen, angefangen bei den Ländern, die wie die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten den Konflikt in Libyen befeuern, sowie bei allen Ländern, die unter Führung der Kopf-ab-Diktatur Saudi-Arabien am Krieg gegen die Bevölkerung im Jemen beteiligt sind.

Darüber hinaus soll die Landegruppe NRW auch in Zukunft in der Bundestagsfraktion darauf hinwirken, dass neben einer grundsätzlichen Verbotsforderung auch weiterhin konkrete Exportgeschäfte kritisch begleitet werden. Die Praxis, konkrete Ausfuhrvorhaben mit konkreten Anträgen zu deren Verhinderung zu beantworten, sollte dabei unbedingt beibehalten werden (siehe z.B. Drucksache Nr. 19/15048 „Rüstungsexporte stoppen – Missbrauch der europäischen Friedensidee verhindern“, Drucksache Nr. 19/14151 „Keine Waffen an Konfliktparteien - Rüstungsexporte an Indien und Pakistan stoppen“, Drucksache Nr. 19/10152 „Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Ägypten stoppen“, Drucksache Nr. 19/8965 „Keine Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere am Jemenkrieg beteiligte Staaten“).

DIE LINKE will künftig auch verhindern, dass rassistische US-Polizeigewalt durch Ausrüstung "Made in Germany" stattfinden kann.

DIE LINKE setzt sich für ein groß angelegtes Konversionsprogramm für die Rüstungsindustrie ein und fordert die Bundesregierung auf, die für eine sozialverträgliche Konversion benötigten finanziellen Mittel bereitzustellen. Es wird Zeit, für das Leben zu produzieren und nicht mehr länger für den Tod. Ziel der LINKEN ist es, dass in Zukunft kein Arbeitsplatz in Deutschland mehr vom Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern abhängig ist.